

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2022/2023



Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2022/2023

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2022/2023

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 18

Jahrbuch 2022/2023

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2023 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Hans-Joachim Gemballa, Werner Baach, Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Layout und Satz: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz

Umschlaggestaltung: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz

Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-8-8

Inhalt	Seite
Editorial	6
Der besondere Beitrag	
Vom Scherbenhaufen zur globalen Zeitenwende – Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik Klaus Naumann	14
Kapitel I	
Der Nordatlantisch-Europäische und der Indopazifische Raum	
Die Bundeswehr in der Zeitenwende Eberhard Zorn	32
Zerstörung einer trügerischen Illusion: Das NATO-Russland-Verhältnis der letzten drei Dekaden Kurt Herrmann	44
Ein Jahr brutale Aggression Russlands im Herzen Europas Die Nuklearmacht Russland im Eroberungskrieg gegen die Ukraine und Putins erbitterter Kampf gegen den liberalen Westen Eine Betrachtung mit Clausewitz' Einsichten Klaus Olshausen	73
Russlands Angriffskrieg, Weltmacht China, globale Großmachtrivalität – Was die Europäer tun müssen Heinrich Brauß	109
Die NATO nach dem 24. Februar 2022: “The Euro-Atlantic Area is not at peace” Jörg See	134
Ein „regionaler“ Krieg mit globalen Auswirkungen: Der Ukraine- Krieg und seine sicherheitspolitischen Folgen in Ostasien Oliver Corff	158

Kapitel II

Aus der Arbeit der FüAKBw (LGAN)

Krieg der Zukunft?!	
Operative Herausforderungen des Multi-Domain Battlefield für die Bundeswehr	
FKpt Alexander Heinrich	
Oberstlt i.G. Michael Jappsen	
KKpt Sascha Schlegel	180

Kapitel III

Strategische und operative Fragen im Licht der Theorie von Clausewitz

Gedanken zur Schnittstelle zwischen strategischer Zwecksetzung sowie operativer Umsetzung und dem Ukrainekrieg	
Riecht das nicht förmlich nach Clausewitz und Moltke?	
Manuela R. Krueger	
Christian O. E. Millotat	196
Militärische Einsatzplanungen	
Vom Instrument der Kriegführung zum Mittel von Abschreckung und Kriegsverhütung	
Friedrich K. Jeschonnek	214

Kapitel IV

Bundeswehr und Gesellschaft

Innere Führung ist heute wichtiger denn je!	
André Bodemann	248
Universitäten der Bundeswehr – fünfzig Jahre Erfolgsstory	
Joachim Welz	262
Friedensdienst für alle	
Vorschläge zur allgemeinen Dienstpflicht	
Gerhard Pfreundschuh	281

Kapitel V

Geschichtswissenschaftliche Themen

»Gegen Demokraten helfen nur Soldaten«	
Das Militär während der Revolution 1848/49	
Michael P. Vollert	301

Ein Vergleich der nationalen und europäischen Status quo-Politik
von Kurfürst Karl Theodor und Otto von Bismarck
Eine historische Analyse von Sicherheitspolitik im 18. und 19. Jahr-
hundert
Ilya Zarrouk 324

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2023 336

Bildnachweis 338

Friedensdienst für alle

Vorschläge zur allgemeinen Dienstpflicht

Gerhard Pfreundschuh

1. Die Lage

1.1 Krieg in Europa

Der Ukrainekrieg hat den Letzten gezeigt, dass Deutschland nicht auf ein friedlich-freundliches Eine-Welt-Dorf warten kann, sondern seine Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit umgehend wiederherstellen muss.

Wir erleben militärische Aufrüstungen wie lange nicht mehr. Die Militärausgaben erreichten bereits 2019, also schon vor dem Angriff der Russen auf die Ukraine, mit 1.917 Mrd. \$ weltweit eine Rekordhöhe. Das war das höchste Aufkommen seit 1988, dem Rüstungsgipfel des Kalten Kriegs.¹

Mehr als Geld fehlen im Westen Soldaten.

Mehr als Geld fehlen im Westen Soldaten.²

Das gilt für alle europäischen Nato-Partner und Nato-Anwärter. Schweden hat daher 2019 die Wehrpflicht wieder eingeführt, und zwar für Männer und Frauen. In Norwegen erfolgte dies mit breiter parlamentarischer Mehrheit schon 2015. Beide Länder erreichen seither ihre Soll-Stärken bei den Rekruten.

Darüber hinaus rüsten die Großmächte von den USA über China und Russland konventionell auf und sind atomar einsatzfähig.

1.2 Cyberkrieg weltweit

Voll im Gange ist bereits ein globaler, gnadenloser Cyberkrieg. Dabei vermischen sich Militär- und Wirtschaftsspionage sowie gezielte Angriffe auf Personen und Einrichtungen aller Art. Im Cyberkrieg wird abgehört und zerstört. Staatliche Stellen aller Großmächte sind daran beteiligt.

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, meinte, die Geheimdiensttätigkeit sei heute stärker und gewalttätiger als im Kalten Krieg. Er spricht von einer alarmierenden Brutalisierung der Spiona-

ge mit Gewalt und Morden. Und es arbeiteten heute in Deutschland mehr ausländische Geheimdienste als vor 1989. Ausländische Dienste sind sehr an deutscher Politik interessiert, an unserer Außenpolitik, unserer Rüstungspolitik, aber auch an Forschungspolitik und aktuell Gesundheitspolitik.³

Herkömmliche Spionage und Cyberkrieg sind verschmolzen. Spione und Hacker, Saboteure und Terroristen greifen unsere Wirtschaft und staatlichen Einrichtungen an. Im Krisenfall können sie diese lahmlegen. Hinzu kommen EP (empfindliche Punkte) der Infrastruktur wie Strom- und Wasserversorgung, Fernmeldeeinrichtungen, Internet und weitere.

Haldenwang wählt dann eine geschickte Umschreibung, die keine Länder wie z.B. die USA nennt. Er sagt es so: „Wir mussten in der Vergangenheit lernen, dass auch Länder Angriffe gegen Deutschland vornehmen, mit denen wir eigentlich partnerschaftlich verbunden sind und intensiv zusammenarbeiten.“ Wir ermitteln heute in alle Richtungen.⁴

Im Handelsblatt steht es deutlicher: „In den sensibelsten Bereichen der Mobilfunknetze in Deutschland stecken neben europäischen Anbietern schließlich nicht nur Komponenten von Huawei, sondern auch Geräte des US-Anbieters Cisco. Wenn es die Bundesregierung mit der Sorge um die Sicherheit unserer Netze wirklich ernst meint, dann sollte sie sich auch Komponenten dieses amerikanischen Herstellers vorknöpfen.“⁵

Nun ist die uralte und erste Aufgabe jeder Herrschaft und jedes Staats, seinen Bürgern Schutz nach innen und außen zu gewähren.

Nun ist die uralte und erste Aufgabe jeder Herrschaft und jedes Staats, seinen Bürgern Schutz nach innen und außen zu gewähren. Dies gilt vor allem, wenn ange-

sichts der Größe der Bedrohung der Einzelne dazu nicht fähig ist. Das ist beim Internet-Krieg und insbesondere bei der von fremden Staaten gesteuerten Wirtschaftsspionage der Fall.

Die gefährlichsten Angreifer sind staatlich-militärische Einrichtungen. Chinesen, Russen, aber auch Amerikaner unterscheiden nicht zwischen Militär-, Rüstungs- und Wirtschaftsspionage. Damit ist das Militär die richtige Einrichtung für den Aufbau der Abwehr. Die USA, Israel, Russland, China u.a. zeigen, wie man das macht.

1.3 Hybride und asymmetrische Kriegführung

Noch mehr als der Cyberkrieg zeigt die heutige „hybride und asymmetrische Kriegführung“, dass die Trennung von äußerer und innerer Sicherheit nicht mehr möglich ist.

Bei der *hybriden Kriegführung (verdeckte Kriegführung)* verbinden sich konventionelle und irreguläre Kampfweisen mit terroristischen Aktionen und kriminellem Verhalten (Terror, Sabotage). Sie kennen keine Kriegserklärung und kein Kriegsvölkerrecht, keinen offenen Kampf.

Asymmetrische Kriege (ungleiche Kriege) sind solche, bei denen sich eine militärische starke und eine schwache Partei gegenüberstehen. Der Schwache verwendet i.d.R. die „hybride Kriegführung“.

Die Verwundbarkeit zeigte z.B. 2021 der großflächige Ausfall der Benzinversorgung in den USA. Hacker hatten eine 8.850 km lange Pipeline lahmgelegt. Die Rohre von Colonial transportieren 45 Prozent des Treibstoffs an die Ostküste. Die Benzinpreise an den Tankstellen zogen an. Einzelne Flughäfen bekamen Versorgungsprobleme.⁶ Die wohl „privaten“ Hacker wollten Lösegeld.

Wohl staatliche Saboteure steckten hinter den Sprengungen der Nord-Stream-Pipelines. Am 26. September 2022 gab es einen Anschlag mit mehreren Sprengungen. Beide Stränge von Nord Stream 1 und einer der beiden Stränge von Nord Stream 2 wurden zerstört. Die Nord-Stream-Rohre liegen auf dem Grund der Ostsee und dienen der Durchleitung von Erdgas aus Russland nach Deutschland. Wer hinter den Anschlägen steckt, ist bis heute ungeklärt.

Damit verbinden sich herkömmliche und neue Kriegführung, Cyber- und asymmetrischer sowie hybrider Krieg. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwinden.

Ein richtiger Ansatz war in den 1960er Jahren der Aufbau einer flächendeckenden Territorialverteidigung mit Heimatschutztruppen.

1.4 Der Sozialstaat am Limit

Nicht nur im militärischen, auch im zivilen Bereich hat sich die Lage verschärft. Damit sind wir beim Zivildienst. Im Gesundheitswesen sind die Krankenhäu-

ser finanziell und personell am Limit. Es fehlt an Unterstützung für das Pflegepersonal. Das war schon vor Corona der Fall und ist danach noch so. Auch in anderen sozialen Bereichen ist zu hören: „Die „Zivis“ fehlen uns!“

Wie es bei den Wehrpflichtigen oft zu Weiterverpflichtungen kam, so hatten auch „Zivis“ soziale Berufe kennengelernt und eingeschlagen. Bei einer Dienstpflicht für Männer und Frauen könnte dies nur noch besser werden. Allerdings sollten sie erst nach einer vierteljährlichen, dualen Grundausbildung im jeweiligen Bereich eingesetzt werden. Das verstärkt das Selbstbewusstsein und nimmt die Angst vor Überforderung. So kann die Freude an solchen Berufswegen geweckt werden.

Für viele könnte der „Zivildienst“ die Brücke zum Berufseinstieg sein. Schon 2011 wurde geklagt: „Fast 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben in Deutschland keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht mehr in Qualifizierungsmaßnahmen. 46 % davon haben einen Migrationshintergrund. ... Unter den 1.484 Millionen ungelerten jungen Menschen sind 729.000 Frauen.“⁷

Das führt uns geradewegs zu den Migranten.

1.5 Millionen auf der Flucht

Hier erhebt sich die Frage, ob unbefristet in Deutschland lebende Ausländer dienstpflichtig sein sollen. (Im Steuerrecht werden sie wie Inländer behandelt.) Gerade anerkannte oder geduldete Asylbewerber sollten zwar keinen Wehr-, wohl aber einen Zivildienst leisten. Schließlich erhalten sie viele Wohltaten unseres Sozialstaats (kostenlose Bildung und Ausbildung, Hilfe zum Lebensunterhalt usw.).

Hinzu kommt ein weiteres. Auch für sie könnte die Dienstpflicht ein Weg zum Einstieg in eine Berufsausbildung und ins Erwerbsleben sein.

Hinzu kommt ein weiteres. Auch für sie könnte die Dienstpflicht ein Weg zum Einstieg in eine Berufsausbildung und ins

Erwerbsleben sein. Es ist zu überlegen, ob über ausgebildete Flüchtlinge womöglich sogar die Fluchtursachen in den Heimatländern angegangen werden können.

Dazu hat der Dalai Lama im Interview beim SRF (Schweizer Radio und Fernsehen) ganz einfache, aber richtige Worte gefunden.

Es sei wunderbar und zeige wirklich Menschlichkeit, dass Europa und insbesondere Deutschland so viele Flüchtlinge aus afrikanischen und arabischen Gebieten aufnimmt. Doch dann fügt er wörtlich hinzu:

„... wenn die EU Abertausende oder Millionen von Flüchtlingen aufnimmt, sollte sie ihnen auch Schutz gewähren. Den Kindern muss sie den Zugang zu Bildung ermöglichen, den jungen Menschen eine Ausbildung. Man sollte nicht vergessen, dass diese Menschen mit der Zeit in ihre Heimat zurückkehren und ihre Heimat wieder aufbauen. Dann sollten diese Länder, die die Flüchtlinge aufnehmen, ihnen auch nach der Rückkehr in deren Heimat weiter helfen, sie nahtlos auch dort beim Wiederaufbau unterstützen sowie ihnen, wenn nötig, auch Kapital verschaffen.(..)⁸“

Es ist darüber nachzudenken, wie dies zu organisieren ist. Schon 1993 (!) hat Peter Drucker, ein führender US-Ökonom und „Management-Papst“, in seinem Buch „Die postkapitalistische Gesellschaft“ gewarnt, dass für die Industrieländer enorm viel auf dem Spiel steht.

„Wenn dort kein schneller wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung gelingt, wird die Erste Welt von einer menschlichen Flutwelle von Einwanderern aus der Dritten Welt überrollt werden. Diese Flut in ihren Ländern aufzunehmen, würde ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fähigkeiten bei weitem überfordern.“⁹

Seither hat sich die Lage dramatisch zugespitzt. Umfragen zeigen, rund 450 Millionen Menschen aus Subsahara-Afrika und dem arabischen Raum würden gern auswandern. Schon 2009 erfragte Prozentsätze ergaben Subsahara: 38 Prozent, arabischer Raum: 23 Prozent.¹⁰

Wie ist Wohlstand zu schaffen? Ein Kenner der Sahelzone weiß, dass dort mehr als alles andere Ausbildungsplätze und Jobs benötigt werden. Mindestens so wichtig wie funktionierende lokale Militäreinheiten seien funktionierende Spitäler und Schulen; ja überhaupt ein Staat, der für die Bürger keine

Bedrohung sei, sondern Lösungen für ihre Probleme biete. „Das ist, so simpel es klingen mag, eine epochale Aufgabe, zumal Europa diese im Sahelgebiet praktisch alleine wird stemmen müssen. Eine Alternative gibt es nicht.“¹¹

1.6 Die öffentliche Debatte

Seit 2017 läuft die Diskussion, ob das Ruhen der Wehrpflicht zu beenden ist. In der Zeitschrift loyal des Reservistenverbands der Bundeswehr forderte ein Leitartikel einen „Dienst für die Gesellschaft“, und zwar für Männer und Frauen.¹² Altkanzler Helmut Schmidt hatte sich öfter dafür ausgesprochen. Die CDU hat 2022 die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht in ihr Programm aufgenommen.

Auch in Deutschland gibt es dafür eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die ZEIT titelte 2018: „Zwei Drittel der Deutschen für ein Pflichtjahr. Ob bei

*Ob bei der Bundeswehr oder in einer sozialen
Einrichtung: Eine Mehrheit der Deutschen
hält eine Dienstpflicht laut einer Umfrage für
eine gute Idee.*

der Bundeswehr oder in einer sozialen
Einrichtung: Eine Mehrheit der Deutschen
hält eine Dienstpflicht laut einer
Umfrage für eine gute Idee.“¹³

Seither hat sich die Lage so verschärft,
dass in Baden-Württemberg die Präsi-
denten der kommunalen Spitzenverbände (Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag),
der Wirtschaftsverbände (Handwerkstag, IHK, Unternehmer), des Sparkassen-
und des Genossenschaftsverbandes einen gemeinsamen Brandbrief an
den Ministerpräsidenten schickten.

Darin heißt es: „Die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ein verbesserter Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutz, die Sicherung der Energieversorgung und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens sind Beispiele für eine neue, dringend erforderliche Prioritätensetzung.“

Kritisiert werden eine „lähmende Behäbigkeit“ und ein „empfundener Stillstand“. Gefordert werden: „Ein grundlegender Realitätssinn und Mut zu grundlegenden Veränderungen“ sowie ein „Ermutigungs- und Entfesselungspakt“.¹⁴

Angesichts dieser Lage ist über eine Allgemeine Dienstpflicht nachzudenken. Deren Zweck und strategische Ziele sind als erstes zu prüfen. Daraus folgt dann das operative Vorgehen, die Umsetzung.

2. Die Strategie

„Meister, was müssen wir tun, um den Staat zu ordnen?“
„Wir müssen die Begriffe klären.“ (Konfuzius 551 – 479 v. Chr.)

2.1 Klärung der Begriffe

Die Begriffe *Strategie*, *Operation* und *Taktik* kommen vom Militär. Inzwischen werden sie allgemein, vor allem in der Politik und Wirtschaft verwendet.

Doch über allem strategischen, operativen und taktischen Planen und Handeln steht nach Clausewitz die Frage nach dem *Zweck* des Ganzen.¹⁵ Mit anderen Worten: Warum haben und brauchen wir eine bestimmte Einrichtung?¹⁶ Für das Militär gibt uns Art. 26 Grundgesetz die Antwort: Es ist die *Friedenssicherung*.¹⁷ Angriffskriege stellt bereits das Grundgesetz unter Strafe (Art. 26 I 2 GG). Danach dient eine überzeugende militärische Verteidigungsfähigkeit dem Zweck *Frieden*.

Schon Clausewitz wusste, wenn alle sich nur verteidigen wollen, kann es keine Kriege geben.¹⁸ Selbst beim Krieg ist der Zweck nicht der Sieg, sondern der Friede. Clausewitz sagte es so: „Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d.h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck.“¹⁹ (Zweck-Mittel-Abfolge)

Damit ist auch Webrdienst Friedensdienst.

Aus dem Zweck leitet sich die *Strategie* ab. Sie ist ein langfristiger Plan und umreißt, auf welche Art und Weise ein Zweck als Aufgabe und übergeordnetes Ziel in die Tat umgesetzt werden soll.

Strategie konzentriert sich auf das ganz Wesentliche und Wichtige. Sie ist ganz einfach und gerade deshalb für viele so schwer. Nach Clausewitz: „*So ist denn in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht auch sehr leicht.*“²⁰ Strategen können Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden. Vor allem wissen sie schon vor dem Krieg, wie der Friede aussehen soll.

Heute machen wir eine zutreffende Unterscheidung, die Clausewitz noch nicht kannte. Es ist die Abgrenzung der Strategie von der *Operation*, die viele nicht

richtig verstehen. Dabei hilft uns die Betriebswirtschaftslehre (BWL) weiter. Dort wird eine Strategie zur Operation, wenn *Ziele mit Zeit und Zahlen* (Z^3) festgelegt werden (z.B. Haushaltspläne, Mittelfristige Finanzplanung).²¹ Damit wird der Ablauf prüfbar; was die BWL operationalisieren nennt. Erreichte Ziele (Z^3) sind dann Erfolge, das Gegenteil Misserfolge.²² (Die Politik verkündet oft Ziele als Ergebnisse: „Wir schaffen innere und äußere Sicherheit.“²³)

Taktik ist im militärischen Sprachgebrauch die Führung des Gefechts der verbundenen Waffen; allgemein die geschickte Ausführung einer Aufgabe.²⁴ Zur Taktik gehört die Beherrschung der Kampfarten samt Kriegslist. In der Politik ist es ein „diplomatisches“ Vorgehen, z.B. Verhandlungsgeschick. Beides kann nicht nach festen, stets gleichen Regeln ablaufen (ebenfalls nach Clausewitz).

2.2 Friedensdienst für alle

Ausgangspunkt der strategischen Überlegungen ist die oben dargestellte Lage. Danach fehlen für die volle Verteidigungsfähigkeit neben Geld und Sachmit-

Ausgangspunkt der strategischen Überlegungen ist die oben dargestellte Lage. Danach fehlen für die volle Verteidigungsfähigkeit neben Geld und Sachmitteln vor allem Soldaten.

teln vor allem Soldaten. Letzteres lässt sich durch die Beendigung des Ruhens der Wehrpflicht beheben, wie Norwegen und Schweden zeigen. Beide Länder können als Vorbild dienen.

Angesichts des Verfassungsgebots, dass *Männer und Frauen* gleichzustellen sind, ist es richtig, dass in Skandinavien beide Geschlechter wehrpflichtig sind. Das führt zum Grundsatz des „Friedensdienstes für alle“.

In diesem Zusammenhang kommen wir zu einem weiteren Grundsatz, der bei einer allgemeinen Dienstpflicht gelten sollte: *Der Dienst muss beiden Seiten Nutzen stiften, der Gesellschaft und den Dienstpflichtigen.*

2.3 Nutzen für alle

Hier ist zu unterscheiden zwischen *Dienstpflichtigen mit oder ohne Berufsabschluss*. Wer einen Berufsabschluss oder das Abitur hat, sollte 12 Monate Dienst leisten, andernfalls 18 Monate. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss sollte die Zeit genutzt werden, um ihnen mindestens eine duale Berufsgrundausbildung zu vermitteln. Nur dadurch kann Langzeitarbeitslosigkeit vermieden werden.

Das zeigen die Statistiken. Nach dem „Zensus 2011 bis 2013“²⁵ herrschte Aufregung. Die Bild-Zeitung titelte: „Die Wahrheit über Deutschland – 26,6 Prozent haben keinen Berufsabschluss“²⁶

Im Stabilitätsgesetz von 1967 war das Ziel eine Arbeitslosenquote von 0,8 %. Im Jahr 1962 lag sie bei 0,5 % mit weniger als 100.000 Arbeitslosen in der BRD. Praktisch alle hatten einen Lehrabschluss.

Im Januar 2023 betrug die Arbeitslosenquote 5,7 %, die Unterbeschäftigungsquote 7,5 %. Als arbeitslos galten 2,6 Mio. Personen. Die „Unterbeschäftigung“ lag bei 3,5 Mio. Menschen, weil diejenigen dazu gerechnet werden, die in Fördermaßnahmen u.ä. (ohne Kurzarbeit) sind.²⁷

Wie kam es dazu? Enzo Weber vom „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ der BfA (Bundesagentur für Arbeit) hat gezeigt, dass ab den 1970er Jahren nach jedem Konjunkturerinbruch (Ölkrise usw.) die Arbeitslosenquote nicht mehr den alten, niedrigeren Stand erreichte.

„Stattdessen haben sich Forschungsergebnissen zufolge aber im Laufe eines Jahres fast zwei Drittel dieser konjunkturellen in strukturelle Arbeitslosigkeit gewandelt. Arbeitslosigkeit, die eigentlich nur einer vorübergehenden Konjunkturschwäche geschuldet war, hat sich verfestigt.“²⁸ Das sind die Langzeitarbeitslosen (Hartz-IV-Generationen).

Wer einmal draußen ist, findet oder will nicht mehr ins Erwerbsleben zurück. Hans Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo-Instituts, sagt dazu: „Wir können nicht Millionen Menschen bezahlen, wie wenn sie arbeiten würden, obwohl sie nicht arbeiten.“²⁹

Berthold Huber³⁰ forderte einen „Kurswechsel für ein gutes Leben“ und „Wege zu einer solidarischen Gesellschaft“.³¹ Er schreibt: „Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen so beschaffen sein, dass die Menschen ihre Potenziale frei entwickeln können.“ (S. 19) „Ein gutes Leben ist ohne gute Arbeit in all seinen Facetten nicht möglich.“ (S. 21)

Der SPD-Politiker Hans Eichel, der Unternehmensberater Roland Berger und der Unternehmer Ludwig Braun haben gefordert, die Schulpflicht um eine Ausbildungspflicht zu ergänzen. Den Vorschlag haben sie als „Ideen zur Flüchtlingsintegration“ bezeichnet.³²

Für Dienstpflichtige mit Berufsabschluss sollte ein zwölfmonatiger ziviler Friedensdienst mit einer dualen vierteljährigen Grundausbildung beginnen. Sie sollten etwas anspruchsvoller einsetzbar sein. Und bei den Streitkräften eröffnet sich bei Eignung und Weiterverpflichtung die Ausbildung zum Unteroffizier (Uffz) oder Offizier (Offz) mit kostenlosem Meisterbrief (Uffz) oder Hochschulabschluss (Offz).

Dabei ist die Musterung zu einer *Eingangserhebung* auszugestalten. Es sind die Befähigungen und Neigungen des Dienstpflichtigen mit einem passenden Dienstangebot möglichst in Einklang zu bringen.

Skandinavien ist hier vorbildlich.³³ Die Wehrpflicht führte dort zunächst zu einer allgemeine Wehrerfassung. Dabei wird auf den Wehrpflichtigen umfassend eingegangen. Von 13.000 Gemusterten wurden rund 4.000 zur Grundausbildung einberufen. Dienstwillige und womöglich länger Dienende wurden bevorzugt. Vor allem

Es sind die Befähigungen und Neigungen des Dienstpflichtigen mit einem passenden Dienstangebot möglichst in Einklang zu bringen.

gab es nun plötzlich genügend Rekruten. Ziel ist, ähnlich wie in Norwegen, allgemeine Wehrpflicht und Berufsarmee miteinander zu verbinden.³⁴ Bei uns würde hier gleich die „Wehrgerechtigkeit“ beschworen. Die Skandinavier gehen ganz praktisch vor. Was zusammen passt, soll zusammenkommen.

Für die Lage in Deutschland gilt, dass der zivile Friedensdienst in sehr vielen Bereichen dringend gebraucht wird und sofort aufzubauen ist. Hier ist ein großes Angebot an Wahlmöglichkeiten denkbar.

2.4 Strategiewechsel: helfen statt „angreifen“

Wenn die Friedenssicherung das oberste Ziel ist, dann müssen wir zu einem Strategiewechsel kommen, den schon Altkanzler Helmut Schmidt öfter, gerade im Hinblick auf China angesprochen hat. Es geht um das Ende des „evangelikalen Missionsdrangs“ des Westens.³⁵

Daraus folgt die Forderung: *friedliche Koexistenz der Kulturen*. So wurde auch im Kalten Krieg die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr erfolgreich. Hätten sie den kommunistischen Regimen stets und laut ihre Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, wäre die Konfrontation geblieben. So wurden eben still und ohne Aufsehen Häftlinge freigekauft.

Nach dem Misserfolg in Afghanistan merkten das auch die Grünen. Wir lesen von Jürgen Trittin: „Mit Afghanistan endet ein Zeitalter. Es endet die Ära des humanitären Interventionismus. ... Militär wird nicht für Werte, sondern für Interessen eingesetzt.“³⁶

Wenn wir die Lage in Afrika und im Nahen Osten im Sinne unserer strategischen Interessen auf den Prüfstand stellen, dann müssen wir *helfen statt „angreifen“*. Die Auslandseinsätze müssen anderer Art sein. Und wir brauchen ein *Friedensbeer* mit Männern und Frauen von dort.

Doch Europa wird nur dann in Frieden leben, wenn es zugleich eine überzeugende und wirksame Verteidigungskraft besitzt. Die *Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit* ist wiederherzustellen.

Vor allem müssen wir uns auch gegen die *hybride und asymmetrische Kriegführung* verteidigen können. Weil dabei die Infrastruktur und empfindliche Punkte für die Zivilversorgung und die Wirtschaft zerstört werden, wird die *Territorialverteidigung* wieder ganz wichtig. Der Ukrainekrieg zeigt gegenwärtig, wie empfindlich und verletzlich dieser Bereich ist. An die Heimatschutztruppe zur Zeit des Kalten Kriegs ist anzuknüpfen. Das wird gegenwärtig versucht. Doch ohne eine Dienstpflicht werden alle Versuche misslingen, nicht einmal zu Halbheiten führen.

Doch ohne eine Dienstpflicht werden alle Versuche misslingen, nicht einmal zu Halbheiten führen.

Dann tobt noch seit der Jahrtausendwende ein weltweiter *Cyberkrieg*. Immer, wenn der Einzelne oder einzelne Institutionen zu schwach für ihre Verteidigung sind, ist die höhere Gemeinschaft, hier der Staat, zur Schutzgewährung verpflichtet. Deshalb haben wir u.a. den Staat.³⁷

Bei uns fällt – wie so oft in der Bundespolitik – die Aufteilung der Zuständigkeit auf die verschiedensten Ministerien unangenehm auf. Für die Cyber-Abwehr insgesamt ist das *Bundesinnenministerium* zuständig; für die Cyber-Außen- und internationale Cyber-Sicherheitspolitik das *Auswärtige Amt*. „Verteidigungsaspekte der gesamtstaatlichen Cyber-Sicherheitsarchitektur werden gemäß Weißbuch 2016 als originäre Aufgaben des *Bundesministeriums der Verteidigung* und als verfassungsgemäßer Auftrag der Bundeswehr zugewiesen.“³⁸

So hat das Bundesinnenministerium 2016 die „Cybersicherheitsstrategie“ entworfen.³⁹ Doch diese Trennung von äußerer und innerer Sicherheit ist bei „hybrider und asymmetrischer Kriegführung“ unmöglich. Man muss das Ganze vor den Teilen sehen. Nur die Streitkräfte sind dazu befähigt.

3. Das operative Vorgehen

3.1 Cyberwehr

Hier können wir ein gutes mit einem schlechten Beispiel vergleichen. Das schlechte betrifft Deutschland, das gute Israel.

In Erkenntnis der Lage hat 2017 die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen das *Kommando Cyber- und Informationsraum (CIR)* zur Verteidigung Deutschlands im Cyberkrieg eingerichtet.⁴⁰ Doch es ist nur „*Bedingt abwehrbereit 4.0*“ (2019), wie die WirtschaftsWoche schreibt.⁴¹

In der Cyberstrategie der Bundeswehr heißt es: „Ähnlich wie Heer, Luftwaffe und Marine für die Dimensionen Land, Luft, Weltraum und See zuständig sind, sind die Angehörigen des neuen Organisationsbereiches ganzheitlich für die Dimension Cyber- und Informationsraum verantwortlich.“

Dabei ist bei uns die größte Schwierigkeit, geeignetes Personal zu gewinnen. Das gilt für Friedenszeiten, aber erst recht für Krisen oder den Ernstfall. So will das Verteidigungsministerium eine „Reserve“ aufbauen. Doch ohne

Dabei ist bei uns die größte Schwierigkeit, geeignetes Personal zu gewinnen. Das gilt für Friedenszeiten, aber erst recht für Krisen oder den Ernstfall.

Wehrpflicht wird das scheitern. Erfolg hatte man mit ehemaligen Wehrpflichtigen, die dem Reservistenverband angehören. Sie werden aber weniger und älter.

So berichtet Mario Hempel, Oberst d. R., der beim „Cyberkommando“ zeitweise dient, in der WirtschaftsWoche: „Deutlich schwerer als aus dem Reservistenverband sei es, Ungediente aus der Wirtschaft für die Bundeswehr zu begeistern. Seit die Wehrpflicht ausgesetzt ist, sei die Bundeswehr nicht mehr so präsent in der öffentlichen Wahrnehmung.“ Hempel, langjähriger IT-Berater beim deutschen Softwarekonzern SAP weiß: „Viele junge Leute, und damit auch die Top-IT-Experten, die wir suchen, kommen nicht auf die Idee, dass sie auch in der Cyberreserve eine spannende Aufgabe finden könnten.“⁴²

Wie es geht, zeigt *Israel*. Dort ist es sogar umgekehrt; viel Wissen fließt von der Armee zur Wirtschaft:

„Ein großer Teil der Cybersecurity Expertise entsteht in der Armeeeinheit 8200, in der junge Menschen zu Cyberspionen ausgebildet werden. Die größte Einheit der israelischen Armee ist für die Fernmelde- und elektronische Aufklärung sowie für die Entschlüsselung von Codes zuständig. Sowohl männliche als auch weibliche Soldaten arbeiten mit Big Data, analysieren Algorithmen und lernen, im Team und unter Zeitdruck Probleme zu lösen. Die Frauen werden nach zwei Jahren aus der Armee entlassen, die Männer nach knapp drei Jahren. Danach reißen sich die Cyberfirmen um sie. ‚Die Armee ist das größte Start-up Israels und vielleicht der Welt‘, sagte kürzlich der Generalstabschef Aviv Kochavi.“⁴³

Schon vor über zehn Jahren beschrieb das Handelsblatt die Erfolgsgeschichte israelischer Start-ups. Dort hieß es:

„Als wichtiger Erfolgsfaktor für die israelische Start-up-Szene gilt der Dienst in der technologiestarken Armee. Dort lernt man bereits in jungen Jahren nicht nur, Verantwortung zu tragen, sondern auch den Umgang mit der Spitzentechnologie. ... Sobald sie die Uniform abgelegt haben, wenden die Absolventen der Hochtechnologieeinheiten ihr Wissen, ihre Erfahrung oft im zivilen Bereich an.“⁴⁴

Und nur in Israel setzen z.B. Volkswagen, Audi, Porsche und Daimler bei der Forschung auf Frauen, die den Ton angeben und die Teams führen. „Bei der Cyberfirma Cymotive, die zu 40 Prozent Volkswagen gehört, leitet die 27-jährige Urit Lanzet die Forschungsabteilung. ... Die starke Präsenz der Frauen hat viel damit zu tun, dass Frauen, die im Alter von 18 Jahren rekrutiert werden, in der israelischen Armee gleiche Startchancen und Möglichkeiten haben wie Männer – auch auf technischen Gebieten.“⁴⁵

Wir kommen zu einem *Ergebnis*. Nicht nur wegen Abwehr und Angriff im Cyberkrieg, sondern auch wegen Forschung und Entwicklung in diesen Zukunftstechnologien braucht die Bundeswehr eine mit Israel vergleichbare Cyberwehr. – Und wir brauchen eine allgemeine Dienstpflicht, die die Nachwuchs- und Personalprobleme für das Militär und (!) die Wirtschaft löst.

Dazu könnte die Cyberwehr in Abstimmung mit der Wirtschaft gezielte, für Zivilisten offene Schulungen und Lehrgänge anbieten. Sie müssen straffer und praxisnäher als herkömmliche universitäre Fort- und Weiterbildungen sein. Das zeigt auch der Vergleich des dreijährigen Bundeswehr-Studiums mit den deutlich längeren Studienzeiten an den öffentlichen Hochschulen.

3.2 Territorialheer

Im Territorialheer, und zwar bei der Heimatschutztruppe (HSchTr), habe ich elf Jahre, von 1966 bis 1977 gedient. Die damaligen Erkenntnisse können gut übernommen werden.⁴⁶ Sie entsprechen auch dem, was heute in Skandinavien und der Schweiz umgesetzt wird.

Unser militärischer *Antrag* war die Sicherung der Operationsfreiheit der NATO-Truppen ab dem Spannungsfall und im Verteidigungsfall. Dazu hatten wir die Nachschubwege freizuhalten. Vor Sabotage und Terroristen waren die Bevölkerung, rückwärtige Räume, lebenswichtige Einrichtungen zu schützen. „Empfindliche Punkte“ (EP), z.B. Wasser- und E-Werke, mussten gegen Zerstörung gesichert werden. Dann waren noch luftgelandeter Feind und Partisanen zu bekämpfen. Dabei wurde auch von hybrider und asymmetrischer Kriegführung ausgegangen.

Wichtig war die Zusammenarbeit mit allen öffentlichen Dienststellen. Zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) wurde das genannt. Hinzu muss die Unterstützung durch die eigene Zivilbevölkerung kommen.

Weithin erleben wir in der Ukraine genau diese Angriffe auf die Infrastruktur. Dort haben sich unsere ausgemusterten Flugabwehrpanzer „Gepard“ sehr bewährt.⁴⁷ Sie wurden früher von Wehrpflichtigen bedient.

Die Mannschaften mussten in Wehrübungen vier Ausbildungsabschnitte (A bis D) durchlaufen. Danach waren sie ausgebildet und konnten ab dem Spannungsfall als Alarmreserve einberufen werden.

Wir waren sehr schnell, spätestens innerhalb von 24 Stunden einsatzbereit. Denn in einem Seesack hatte jeder seine persönliche Ausrüstung bei sich daheim. Das war wie bei der Schweizer Miliz, nur dass unsere Gewehre im MobStützpunkt waren. Dorthin wurden wir auch jeweils zu unseren Wehrübungen beordert.

Die wichtigste Erkenntnis dieser Wehrübungen war: „*Reservisten führen Reservisten*“; das geht gut, ist erfolgreich und macht Freude. Die Schweizer sagen: „Miliz führt Miliz“.

Diese Erfahrungen machen offensichtlich derzeit auch die Schweden und Norweger. Wie in der Schweiz, wo es Mob-Stützpunkte statt Kasernen gibt, bilden sie vor allem im Gelände- und Gefechtsdienst aus. Die Wehrpflicht braucht keine großen Kasernenblöcke.

„Unberührte Wälder, abgeschiedene Holzhütten an endlosen Seen, entspannen in absoluter Stille – Schwedens Wildnis lädt zu Schwärmereien ein. Amanda Juvas jedoch kommen ganz andere Bilder in den Kopf, wenn sie an die schwedische Natur denkt: endlose Märsche in schwerer Montur, tagelanges Überlebenstraining und Wochen weit weg von ihrer Familie. „Einmal haben wir neun Tage im Wald verbracht“, erzählt die 20-jährige Schwedin. Juvas hat als eine der ersten Schweden nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht neun Monate lang ihren Militärdienst abgeleistet. „Es war wirklich hart“, sagt sie. Vor allem die Schießübungen fand sie anfangs beängstigend. Seit Mitte Juni ist Juvas wieder Zivilistin, jobbt in Stockholm in einem Hotel und will bald studieren. Ohne eine Dienstpflicht wäre sie nicht unbedingt zum Militär gegangen, sagt sie heute.“⁴⁸

3.3 Friedensheer

Patrick Sensburg, der Präsident des Reservistenverbands, sagt richtig: „Die Ausgestaltung der Wehrpflicht lässt sich jedoch deutlich besser bewerkstelligen als dies bis zur Aussetzung im Jahr 2011 der Fall war. Deshalb bin ich für die Wiedereinführung der Wehrpflicht im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht für alle jungen Menschen. Die Verpflichtung bei der Truppe ist dabei nur eine Möglichkeit, während eines Jahres sich für unser Land einzubringen.“⁴⁹

Wer beim Friedensheer die volle Einsatzfähigkeit samt dem Aufbau in Afrika und anderswo will, der muss es genauso fit machen wie die Streitkräfte. Dabei braucht ein Durchbruch schnelle Erfolge und gute Beispiele. Deshalb ist wie in Skandinavien mit jenen zu beginnen, die wollen und können. Diese werden zeigen, dass der Dienst bzw. eine Ausbildung auch ihnen viel Nutzen stiftet.

Der *Friedensdienst* zielt vornehmlich auf

1. langfristige Sicherung des Sozialstaats und
2. Berufsabschlüsse für alle.

Das ergibt sich aus der Lage und der Strategie.

Seit Anfang der 1980-er Jahre beobachte ich, dass die Sozialausgaben des Staats jährlich zwei- bis dreimal schneller als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wachsen.⁵⁰ Für Bildung und Schulen, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und andere Zukunftsaufgaben bleibt immer weniger Geld übrig. Wir versperren unsere Zukunft.

Trotzdem fehlen im Sozialbereich *Geld und Personal*. Schon die steigende Lebenserwartung führt weiter zu einem hohen Bedarf an Personal für Kranke und Alte.

Dienstpflichtige können hier die Lücke schließen, die die Zivis hinterließen. Die Fachkräfte in den sozialen Einrichtungen können dann besser bezahlt werden, weil sie von einfachen Aufgaben entlastet und mehr für Führungs- und Steuerungsaufgaben eingesetzt werden können.⁵¹ Außerdem werden bei einer vierteljährlichen fachbezogenen Grundausbildung der Friedensdienstler und bei der Möglichkeit einer Weiterverpflichtung (Friedensdienst auf Zeit)

Dienstpflichtige können hier die Lücke schließen, die die Zivis hinterließen. Die Fachkräfte in den sozialen Einrichtungen können dann besser bezahlt werden, weil sie von einfachen Aufgaben entlastet und mehr für Führungs- und Steuerungsaufgaben eingesetzt werden können.

Anreize zum Einstieg in soziale Berufe geschaffen. Auch die Bundeswehr hatte Nachwuchs in allen Laufbahnen, solange es die Wehrpflicht gab.

Die zweite offene Flanke des Sozialstaats ist die wachsende Zahl von Jugendlichen ohne Berufsabschluss. Führende Sozialdemokraten wie Peter Glotz und die Bildungskommission NRW für Ministerprä-

sident Johannes Rau (SPD) erwarteten eine 2/3-Gesellschaft, mit 20 bis 30 % je Altersjahrgang ohne Schulabschluss.⁵² Und dieses Drittel sollte so beschult werden, dass es auch ohne Erwerbsarbeit glücklich leben kann.⁵³ Das führt geradewegs zum „bedingungslosen Grundeinkommen“.

Die bessere Antwort darauf lautet: „*Bedingungslose Beschäftigung statt bedingungsloses Grundeinkommen*.“⁶⁴ Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an Nicht-Arbeit. Machen das genügend Menschen, dann bricht der Sozialstaat zusammen.

Das selbe Gutachten der NRW-Bildungskommission geht auch von einer wachsenden Zahl von Einwanderern aus, weil „ohne die Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern im heute oder demnächst arbeitsfähigen Alter weder der Arbeitskräftebedarf langfristig gedeckt noch das System der sozialen Sicherung vor einer ernsten Krise bewahrt werden kann.“⁶⁵ – Diese Politik führt in eine Sackgasse.

In den 1990er Jahren empfing ich als Landrat im Auftrag des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums eine Besuchergruppe von rd. 50 japanischen mittelständischen Unternehmern. Beim statistischen Überblick zeigte ich die Zahl von 2 Mio. Gastarbeitern und dann die von 2 Mio. deutschen Arbeitslosen. Da fragte sofort ein Japaner: „Wieso haben Sie 2 Mio. Gastarbeiter, wenn Sie 2 Mio. Arbeitslose haben?“

Ein großer Irrtum war, dass die meisten glaubten, wir bräuchten nur noch Hochqualifizierte und Hochschulabgänger. Tatsächlich fehlen gerade auch Lehrlinge und Handwerker, die deutlich unterbewertet wurden.

Daher müssen den Dienstpflichtigen verschiedene *Tätigkeitsfelder* angeboten werden.

Das ermöglicht den Einstieg und eine Berufsgrundausbildung für alle Begabungen und Neigungen.

Betrachten wir noch die Dienstpflichtigen, die geeignet und bereit sind, Aufgaben der *mittleren und höheren Führung* zu übernehmen. Ihre Laufbahn ist vergleichbar der für Unteroffiziere d.R, oder Offiziere d.R. Sie brauchen neben der Fachlichkeit die Befähigung in Führung, Steuerung und Organisation.

Zum Autor: Dr. Gerhard Pfreundsuh ist Landrat a.D. und Major d. R. Er studierte Geschichte, Recht und Wirtschaft (1. juristische Staatsprüfung in München, 2. in Stuttgart, Dipl.-Volkswirt in Mannheim). Mit einem verfassungsgeschichtlichen Thema promovierte er bei Roman Herzog zum Doktor der Verwaltungswissenschaften (Dr. rer. publ.) in Speyer („Entstehung und Merkmale des frühen Rechtsstaats“). Er war Erster Bürgermeister in Wertheim/Main und von 1981 bis 1997 Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises in Mosbach/Baden.

Dr. Pfreundsuh ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Loyal Magazin für Sicherheitspolitik, 06/2020, S. 22 f – Quelle: Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI)
- 2 Loyal, 09/2022, „Geplant wird viel - doch Truppen sind Mangelware“
- 3 DIE ZEIT , 08. 10. 2020, „Es wurden gezielt Menschen getötet“
- 4 DIE ZEIT , 08. 10. 2020
- 5 Handelsblatt, 06.02.2019, „Scheinheilige Debatte“
- 6 Handelsblatt, 10.05.2021
- 7 Handelsblatt, 26.04.2011 (Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der SPD-Fraktion)
- 8 Dalai Lama: «Wir sollten ganzheitlich aufs Menschsein blicken» / Sternstunde Religion / SRF Kultur 24.10.2016: https://youtu.be/Kc5pd_Vwync - letztmals abgerufen 03.02.2023
- 9 Peter F. Drucker, Die postkapitalistische Gesellschaft, Düsseldorf 1993, S. 29 – Drucker stammte wie Karl Popper aus einer jüdischen Familie Wiens und emigrierte in die USA.
- 10 Handelsblatt, 30.07.2015, S. 48
- 11 NNZ (Neue Zürcher Zeitung), 29.10.2019, <https://www.nzz.ch/meinung/in-den-sahel-laendern-droht-ein-flaechenbrand-der-gewalt-entwickeln-sich-die-wuestenstaaten-zu-europas-vietnam-ld.1514197> - letzter Abruf 03.02.2023
- 12 Loyal, 6/2017
- 13 DIE ZEIT online vom 10.08.2018
- 14 Landkreisnachrichten BW, 4/2022, S. 378 ff Offener Brief: In großer Sorge um unser Land vom 28.10.2022
- 15 Zweck-Mittel-Abfolge, dazu: Lennart Souchon, Carl von Clausewitz, Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg 2012 – englisch: Strategy in the 21st Century, The Continuing Relevance of Carl von Clausewitz, Springer Internat. Publishing, Cham 2020, (€ 91,99) - Besprechung: ÖMZ (Österreichische Militärische Zeitschrift) 03/2021, S. 413 f „faszinierende Lektüre“; „methodisch erstklassiges ‚Lehrbuch‘ “
- 16 Vgl. Fredmund Malik, Führung – Führen Leisten Leben, Stuttgart 2000 - Der Gedanke durchzieht das Buch: Chefs müssen sich immer wieder die Frage nach dem Zweck ihres Unternehmens und ihrer Position stellen. Der St. Galler Prof. Malik gilt als Führungs-Guru. Es soll VW helfen, sich „Vom Autohersteller zum Digitalkonzern“ zu entwickeln, Handelsblatt, 27.11.2020
- 17 Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz Kommentar, München 2018, S. 1029 ff (Art. 26)
- 18 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Hinterlassenes Werk, Ungekürzter Text Erstauflage (1832-34), Frankfurt/M. 1980 (Ullstein), S. 194: „weil aus gegenseitig-

ger Verteidigungsabsicht kein Krieg entstehen kann.“ Digitaler Zugang: <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2014/12/VomKriege-a4.pdf> letzter Abruf 03.02.2023 (Die Seitenzahlen stimmen nicht mit anderen und der digitalen Ausgabe überein).

- 19 Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 104, „Zwecke und Mittel der Strategie“
- 20 Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 150
- 21 Personal – Geld – Sachmittel: Wieviel Soldaten, Finanzen und Gerät benötigt z.B. die Operation Afghanistan?
- 22 Im II. Weltkrieg hießen operative Planungen „Unternehmen“ (z.B. Unternehmen Barbarossa; Unternehmen „Tannenbaum“ betraf die Schweiz). Die operative Umsetzung war dann der Feldzug. – anschaulich für Kommunen: Horst Baier, Operative Planung in Kommunen, Lohmar, Köln 2002
- 23 Intern heißt das dann: „Wir müssen das Thema besetzen, bevor es die anderen tun.“
- 24 Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 84: „Es ist also nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke des Krieges.“ Oberster Zweck des Kriegs ist – wie gesagt – der Friede (S. 104).
- 25 Registergestützte Volkszählung, zu Zensus 2011 und 2022 www.zensus2011.de letzter Abruf 03.02.2023
- 26 Bild, 01.06.2013
- 27 <https://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt> - letzter Abruf 03.02.2023 (ähnliche Zahlen April 2020)
- 28 Handelsblatt, 13.07.2020 (Gastkommentar)
- 29 Hans-Werner Sinn, Die Basis-Ökonomie, Deutschland Exportweltmeister oder Schlusslicht? Berlin 2005, S. 16
- 30 Huber war Vorsitzender der IG Metall, mit über 2,2 Millionen Mitgliedern die weltweit größte Gewerkschaft. Huber genießt über die Gewerkschaften hinaus hohes Ansehen.
- 31 Berthold Huber, Kurswechsel für ein gutes Leben, Wege zu einer solidarischen Gesellschaft, Frankfurt 2013
- 32 Handelsblatt, 07.01.2016, S. 48, „Ausbildung als Pflicht, Hans Eichel, Roland Berger und Ludwig G. Braun legen Ideen zur Flüchtlingsintegration vor“
- 33 Schweden führt die Wehrpflicht wieder ein – und keiner drückt sich: <https://www.welt.de/politik/ausland/plus200913388/Schwedens-softe-neue-Wehrpflicht-ein-Modell-fuer-Deutschland.html> - letzter Abruf 03.02.2023
- 34 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-in-schweden-16929652.html> - letzter Abruf 03.02.2023
- 35 Helmut Schmidt, Ein letzter Besuch, Begegnungen mit der Weltmacht China,

- Gespräch mit Lee Kuan Yew, München 2013, S. 126 f, zu Menschenrechten: 139 ff; vgl. auch Hans Maier, Menschenrechte, Kevelaer 2015
- 36 Jürgen Trittin (Grüne), Handelsblatt, 09.09.2021 (Gastkommentar)
- 37 Die Schutzpflicht nach innen und außen ist uralte. Schon im Schwabenspiegel (1275/76) heißt es: „Wir sollen den Herren dienen, damit sie uns beschirmen. Und beschirmen sie uns nicht, sind wir ihnen keinen Dienst schuldig nach dem Recht.“
- 38 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/cyber-und-informationsraum/auftrag> letzter Abruf 03.02.2023
- 39 Herunterladen als PDF-Datei (46 Seiten) unter: <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/89756/6b2dcb8af248db01ea3e338d8a54e8bb/cybersicherheitsstrategie-data.pdf> - letzter Abruf 03.02.2023
- 40 Stärke: Aktive Soldaten: 13.439 (Juli 2020); davon Frauen: 1.305
- 41 WirtschaftsWoche, 15.11.2019: „Bedingt abwehrbereit 4.0“
- 42 WirtschaftsWoche, 15.11.2019
- 43 Handelsblatt, 05.08.2019, „Warum Israel so wichtig für das autonome Fahren ist“
- 44 Handelsblatt 11.06.2011
- 45 Handelsblatt, 05.08.2019
- 46 Gerhard Pfreundschuh, Das Militär – Erlebnisbericht, Heidelberg 2014, S. 132 ff „Reservist in der HSchTr – 1966 – 1977“
- 47 https://de.wikipedia.org/wiki/Flugabwehrkanonenpanzer_Gepard#Ukraine – letzter Abruf 03.02.2023
- 48 <https://www.welt.de/politik/ausland/plus200913388/Schwedens-softe-neue-Wehrpflicht-ein-Modell-fuer-Deutschland.html> - letzter Abruf 03.02.2023
- 49 Academia, Zeitschrift des CV, 5/2022, S. 30
- 50 Von 1980 -1997 war ich Mitglied des Sozialausschusses des baden-württembergischen Landkreistags.
- 51 Das folgt geradezu zwangsläufig aus objektiven Stellenbeschreibungen und Stellenbewertungen.
- 52 Peter Glotz, Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft 29, Speyer 1994, S. 16
- 53 Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‘ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen“, Neuwied 1995, S. 49 ff
- 54 Von der Bundesagentur für Arbeit (BfA) zur Dualen Umschulungsagentur (DUA) - - <https://der-buergerstaat.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-4.pdf>
- 55 Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‘, a.a.O., S.48

Verpflichtendes Jahr

Große Mehrheit für allgemeine Dienstpflicht

Sollen junge Männer und Frauen ein verpflichtendes Dienstjahr bei der Bundeswehr oder im sozialen Bereich leisten? Fast drei von vier Deutschen sind laut ZDF-Umfrage dafür.

Insgesamt beklagen die Befragten, die Gesellschaft habe sich in den vergangenen Jahren zu wenig mit dem Thema Militär und Verteidigung befasst. 75 Prozent stimmen dieser Aussage zu.

Und so wollen 59 Prozent, dass die Bundeswehr künftig mehr Geld erhält - auch wenn dadurch in anderen Bereichen gespart werden müsste. Ein Grund dafür: Eine große Mehrheit von 86 Prozent findet es wichtig, dass sich Deutschland mit seinen europäischen Partnern auch ohne die USA selbst verteidigen könne.

Weblink zum Original-Beitrag:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bundeswehr-dienstpflicht-dienstjahr-zeitenwende-pistorius-100.html>